

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Postfach-Nr. 25 241.
Telefon-Nr. 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juni 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1.50 Mark.
Postbezugspreis für Monat Juni 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnummer 15 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Anzeigen gegen Vorabzahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle
Markstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Neumann, Neudamm 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unpersönliche Schreibweise werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tea mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im
Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekanntes vornehme Tafelmusik.
Festsäle mit Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Reichsregierung und Polizeiaktion.

Campes Landtagserklärungen im vollen Einverständnis mit Stresemann abgegeben.

Braun und Abegg zugezogen.

Berlin, 5. Juni. Wie die Morgenblätter melden, trat das Reichskabinett am Freitag am späten Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, die bis nach 9 Uhr andauerte. Der Reichsaussenminister, der von seiner Reise wieder zurückgekehrt ist, nahm an der Kabinettsberatung teil. Er hatte im Laufe des Nachmittags eine Aussprache mit dem preussischen Ministerpräsidenten, die sich offenbar auf die in Erfurt abgegebene Erklärung über die preussische Polizeiaktion bezog. Wie verlautet, hat auch das Kabinett in seiner Sitzung die Frage der angeblichen Putschgefahr in den Kreis seiner Beratungen gezogen. Es handelte sich dabei aber lediglich um eine Aussprache, ohne daß irgendein Beschluß gefaßt worden wäre.

Zu der Erklärung der „Vorklausur“ folgendes: Die Erklärungen des volksparteilichen Abgeordneten v. Campes im Preussischen Landtag, der die bekannnten Ausführungen des Reichsaussenministers Dr. Stresemann über die preussische Polizeiaktion verlesen und daran einige kritische Bemerkungen geknüpft hat, sind in linksstehenden politischen Kreisen zum Ausgangspunkt von Gerüchten genommen worden, woran angeblich im Anschluß daran eine Aussprache zwischen der preussischen Regierung und dem Außenminister Dr. Stresemann stattgefunden habe. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß

die Vertretung der Stresemannschen Erklärung durch Herrn v. Campes im Preussischen Landtag selbstverständlich mit vollem Einverständnis des Außenministers erfolgt ist, und daß für den Außenminister keinerlei Ursache vorliegen hat oder vorliegt, der preussischen Regierung bzw. dem preussischen Ministerpräsidenten gegenüber eine Erklärung darüber abzugeben.

Entgegen anderslautenden Meldungen kann ferner festgestellt werden, daß eine Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Braun und dem Außenminister nicht stattgefunden hat, sondern daß gestern nachmittag lediglich eine Besprechung des Kabinetts mit dem preussischen Ministerpräsidenten, dem Ministerialdirektor Abegg und einem anderen Vertreter des preussischen Innenministeriums stattgefunden hat, in der die Vertreter Preussens über die Polizeiaktion Bericht erstatteten. Lediglich im Rahmen dieser Zusammenkunft sind Ministerpräsident Braun und Außenminister Dr. Stresemann zusammengetroffen, ohne daß es dabei zu einer Aussprache über den Vorstoß Dr. v. Campes gekommen wäre. Das Kabinett hat davon abgesehen, zu diesem Bericht der preussischen Regierung irgendwie formelle Stellung zu nehmen.

Der „Vorklausur“ glaubt, in der Annahme nicht fehlzugehen, daß auch bei dieser Gelegenheit der Eindruck entstanden ist, daß diese ganze Angelegenheit durch eine überaus grobe Verposität rechtlich aufgeklärt worden ist, und daß jedenfalls zu ernstlichen Befürchtungen in dem Sinne, wie sie Ministerialdirektor Abegg glaubte äußern zu müssen, kein Anlaß gegeben ist.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt natürlich, es soll im Reichskabinett zum Ausdruck gekommen sein, daß das Vorgehen Preussens auf Grund des Materials, das der Regierung zugänglich war staatspolitisch unbedingt notwendig gewesen ist.

Der Reichskommissar in der Pfalz.

Frankfurt, 4. Juni. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete setzte heute seine Pfalzreise fort. In Speyer fand nach Empfang durch den Regierungspräsidenten der Pfalz eine Besprechung mit Vertretern der Bevölkerung im Rathaus statt. Der Oberbürgermeister schilderte die Folgen der Besetzung und betonte, daß sie im dienstlichen Verkehr seit Vocarno weniger stark auftreten, daß die Pfalz aber leider nicht im geringsten Aufschwung habe, mit der Entwicklung der Dinge bezüglich der Befestigungsstärke zufrieden zu sein. Der Landtagsabgeordnete Hildebrand verlangte die völlige Herstellung der bayerischen Staatshoheit in der Pfalz, vor allem der Justishoheit, die trotz Vocarno noch nicht gewährleistet sei. (W. T. N.)

Die Besprechungen in Landau.

Landau, 5. Juni. Am Freitag nachmittag gegen 6 Uhr traf Reichskommissar Langewitz v. Simmern aus Germersheim kommend in Landau ein. Bürgermeister Lang unterbreitete die Wünsche der Stadt Landau, die er in folgenden vier Punkten zusammenfaßt:

1. Verminderung der Besatzung. — Landau hat bei einer Einwohnerzahl von 15 000 Personen 5000 Mann Besatzung, dazu noch etwa 2000 fremde Zivilpersonen.
2. Einlösung des Bekleidens der Besatzungsbehörden, daß zwei Drittel ledig und nur ein Drittel verheiratete Offiziere nach Landau verlegt werden.
3. Wohlwollende Berücksichtigung der Stadt bei Vergabung der Reichsdarlehen auf Befestigungswohnungen.

4. Größere Zuschüsse für kulturelle Zwecke.

Der Vorsitzende der Bezirksbauernkammer Landau-Stadt, Gutsbesitzer Goebel, ging u. a. auf den deutsch-spanischen Handelsvertrag ein. Als nach ihm der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Rossmann, sein Referat begann, brach plötzlich Stadtrat Goebel zusammen und stürzte zu Boden. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod durch Herzstillstand feststellen. (Z. U.)

Die Fememord-Prozesse vor ordentliche Gerichte?

Berlin, 5. Juni. Nach der Meldung einer hiesigen Korrespondenz wird in den nächsten Tagen die Entscheidung über das Schicksal der noch schwebenden sogenannten Fememordprozesse fallen. Die bei den Berliner und Landberger Gerichten anhängenden Verfahren waren dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik überwiesen worden. In einem vom Staatsgerichtshof angeforderten Gutachten hat jedoch Oberreichsanwalt Obermayer erklärt, daß seiner Ansicht nach die Fälle vor die ordentlichen Gerichte gehören. Der mit der Entscheidung beauftragte Strafsenat dürfte schon in den nächsten Tagen seine Entscheidung fällen. Das Reichsjustizministerium u. a. hat sich inzwischen ebenfalls mit der Angelegenheit befaßt und es besteht der Wunsch, die beiden noch schwebenden Prozesse miteinander zu verbinden und in Berlin verhandeln zu lassen.

Hörjüng-Hehe.

Berlin, 4. Juni. Im Preussischen Landtag ist folgende deutschnationale Anfrage eingegangen: Nach dem Bericht der „Magdeburger Volkstimme“ hat der Oberpräsident von Sachsen, Hörjüng, auf der Reichstags-Generalsammlung geäußert: „Es ist ein Skandal obgleiches, daß zurzeit, wo zwei Millionen Deutsche erwerbslos sind, erlaubter- und unerlaubterweise sich etwa 400 000 ausländische Landarbeiter hier aufhalten dürfen und Arbeit haben. Die ausländischen Landarbeiter sind nur im Lande, weil sie Lohnbrüder gegenüber den deutschen Arbeitern und willenlose Werkzeuge in den Händen der völkisch-deutschnationalen Junker und Agrarier sind.“

Hörjüng muß als Oberpräsident bekannt sein, daß das Gesamtministerium für ausländische Landarbeiter 1926 nur 130 000 Mann beträgt. Billigt das Staatsministerium die verhängenden Ausführungen des hohen Staatsbeamten? Was bedeutet das Staatsministerium zu tun, damit der Oberpräsident Hörjüng auch in seinem außeramtlichen Auftreten der Verantwortung seines hohen Amtes gerecht wird? (Z. U.)

Merlens Nachfolger Pfeiffers in Wien.

Berlin, 5. Juni. Wie der „Tag“ erfährt, soll in den nächsten Tagen die Komitierung des bisherigen Geschäftsträgers in Kairo, Wertens, für den Wiener Gesandtschaften erfolgen. (Z. U.)



Rudolf Oeser,
Generaldirektor
der
Deutschen
Reichsbahn f.

Der Aufmarsch der Parteien zum Volksentscheid.

Der Termin des Volksentscheides über die entschädigungslose Enteignung des gesamten Fürstenvermögens, deren Charakterisierung als Raub die radikale Linke vergeblich zu verschleiern bestrebt ist, rückt näher und näher. Die Zeit bis zur Entscheidung verfliehet mit unheimlicher Schnelligkeit, und es gilt nun für die Gegner des kommunistisch-sozialistischen Feldzugsplanes, dem sich leider auch die Demokraten als Sekundanten beigefügt haben, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um jedem noch halbwegs verantwortungsbewußten Deutschen, der über den engen Kreis persönlicher Verbitterung und Verzerrung hinauszuwachen vermag, die nationale Gewissenspflicht einzubämmern, daß er auf keinen Fall sein Stimmrecht ausüben darf, sondern am 20. Juni unbedingt der Urne fernbleiben und dem Ansturm der Linken mit verdrängten Armen zusehen muß. Auf Seiten der Rechtsparteien herrscht über diesen Punkt eine hoferfreudliche Unmühsamkeit. Keine Gruppe, auch die Deutsch-Hannoveraner nicht, hat sich von der gemeinsamen Plattform ausgeschlossen. Wie in diesen Kreisen die Stimmung ist, zeigt am besten der in ungewohnter Form erklärte Wille der Deutschen Volkspartei, auf keinen erdenklichen Fall sich mit der etwaigen Annahme des Enteignungsgesetzes zufrieden zu geben, sondern dann unverzüglich dessen Aufhebung durch ein neues Gesetz im Reichstag herbeizuführen. Die Rechte steht also den kommenden Ereignissen mit vollkommener Einheitsfront gegenüber, und es ist nicht zu fürchten, daß diese lückenlose Front auch nur von der allgeringsten Spaltung betroffen werden könnte.

Der Pfalz der Rechten haben die Sozialisten und Kommunisten, deren Verbrüderung nach der allgemeinen Radikalisierung der Sozialdemokratie keine Heberausgang mehr bietet, einen ebensoviele marschierenden und schlafenden Heerband entgegengeführt. Da diese Elemente wohl wissen, daß sie in diesem Kampfe für eine schlechte Sache mit sachlichen Gründen nichts erreichen können, so arbeiten sie mit einer Heerpropaganda, die in Wort, Bild und Schrift an die trübsten und niedrigsten Instanzen appelliert und in ihrer nackten Gemeinheit vielfach geradezu physischen Ekel zu erregen geeignet ist. Vor allem wird auf den Fällen herumgeritten, in denen aus Anlaß der Auseinandersetzung mit den Fürstenthümern sichtlich nicht einwandfreie Forderungen erhoben worden sind. Der von der früheren Kronprinzessin von Montenegro aus medienburgischem Stamme geltend gemachte Anspruch von 14 Millionen Goldmark spielt dabei eine Hauptrolle. Dazu ist zu sagen, daß kein aufrichtiger Mensch zögern wird, das, was schamlos und verwerflich ist, auch rückfahrig zu bezeichnen. Im übrigen aber hat so etwas doch gar nichts zu tun mit einem maßvollen, die deutsche Verarmung berücksichtigenden Ausgleich zwischen den deutschen Fürsten und ihren Ländern. Die Kommunisten insbesondere machen gar kein Hehl daraus, daß sie, die ja auch Schwarz-rot-Gold eingekauftenmacher nur als Übergang zum Rot der Räterepublik ansehen, in dem Zugriff auf das Fürstenvermögen lediglich die erste Etappe einer Entwicklung erblicken, deren Ende die Vesteiligung des Privatvermögens überhaupt ist. Diese Gefahr, über die der sozialdemokratische Mitheifer vergeblich durch jede Wippten hinwegzutäuschen sucht, ist so handgreiflich und eindringend, sie birgt so viel Bedrohliches in ihrem Schöße, daß auch die einflussreichen Demokraten nicht mit einer leichten Weile über sie hinweggleiten können. Die demokratische Grundgedung zum Volksentscheid bekennt sich denn auch im Anfang durchaus zu der These, daß das Privatvermögen unverletzlich sein und bleiben müsse, und führt dafür so triftige Gründe ins Feld, daß der Leser sicher erwarten muß, der Schluß werde in der Parole gipeln: „Demokratische Wähler! Bleibt am 20. Juni der Abstimmung fern!“ Doch weit gefehlt! Zuletzt steigt wieder die konsequente Inkonsequenz und offenbart sich in ihrer ganzen Glorie durch die Erklärung, daß den demokratischen Wählern freigestellt werde, zu tun, was sie wollen. Erkläret mir, Graf Derindur, diesen Zwiepsalt der Natur! Ein Mann, der es wissen muß, der preussische demokratische Finanzminister Herr Höpfer-Wischoff in eigener Person, hat die Erklärung gegeben. Sie ist verblüffend. Der Minister gibt ohne Umschweife zu, daß er einen Ausfall des Volksentscheides im Sinne seiner Urheber nicht begründen würde. Er bringe große Zerrissenheit in das deutsche Volk. Baden und Bayern würden sich nicht fügen; das erhöhe die Aussicht auf unabsehbare Verwicklungen zwischen Reich und Ländern, und endlich werde auch die Möglichkeit einer Reichspräsidenten- und